

Obergericht, 8500 Frauenfeld

An die Interessentinnen und Interessenten
der Entscheide des Obergerichts
im Rechenschaftsbericht 2020

8500 Frauenfeld, 27. Mai 2021

Rechenschaftsbericht 2020 des Obergerichts - Entscheide

Sehr geehrte Interessentin, sehr geehrter Interessent

In den vergangenen Jahren durften wir Ihnen jeweils den neuen Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Thurgau in gedruckter Form zukommen lassen.

Das Obergericht hat entschieden, ab dem vorliegenden Rechenschaftsbericht 2020 einzig den **Jahresbericht** und die **statistischen Angaben** zu drucken und diese Ausgabe in einer limitierten Anzahl zu versenden, wobei die Adressaten insbesondere die politischen Gremien sind. Wie gewohnt finden Sie den Rechenschaftsbericht in elektronischer Form auf der Webseite des Obergerichts unter www.obergericht.tg.ch in der Rubrik "Das Gericht/Rechenschaftsberichte (RBOG)". Selbstverständlich können Sie eine gedruckte Version beim Obergericht bestellen.

Die **Entscheide** des Obergerichts und des Obergerichtspräsidiums finden Sie neu ausschliesslich auf der Webseite des Obergerichts unter www.obergericht.tg.ch in der Rubrik "Rechtsprechung/Grundsätzliche Entscheide". Eine Übersicht über die publizierten 33 Fälle finden Sie in der Beilage.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und danken Ihnen für Ihr Interesse.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Obergerichts


Anna Katharina Glauser Jung

RBOG 2020: Entscheide des Obergerichts und des Obergerichtspräsidiums

Übersicht über die publizierten Fälle

1. Keine Einsicht in die Akten der Beiständin (Art. 29 BV; Art. 419, 441 Abs. 1, 449b ZGB; § 82 Abs. 1 KESV; Art. 8 DSG; § 20 TG DSG)
2. Eheschutz: Fahrkosten als Berufsauslagen, Anwendung der Steuerpraxis (Art. 125, 163 ZGB)
3. Vorsorgliche Massnahmen bei Scheidung der Ehe
4. Rolle der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde beim Abschluss eines Betreuungsvertrags zwischen der Beiständin und der pflegenden Tochter (Art. 416 Abs. 1, 419, 450a Abs. 2 ZGB)
5. Legitimation zur Erhebung einer Beschwerde gegen einen Entscheid der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Art. 450 Abs. 2 ZGB)
6. Begründungspflicht bei Beschwerden auf dem Gebiet der fürsorglichen Unterbringung, insbesondere im Verfahren vor der zweiten kantonalen Beschwerdeinstanz (Art. 450e, 450f ZGB; § 29 Abs. 1 KESV; Art. 321 Abs. 1 ZPO)
7. Anfechtung der Erbschaftsausschlagung; Ausnahme vom Grundsatz, dass eine einmal erklärte Ausschlagung unwiderruflich ist (Art. 566 ff. ZGB; Art. 23 ff. OR)
8. Verrechenbarkeit von Unterhaltsforderungen mit einer Forderung des Vaters gegenüber der Mutter; Identität (Art. 120 OR; Art. 279, 286 Abs. 3, 318 Abs. 1 ZGB)
9. Bei festgestellter rechtmässiger Kündigung der Wohnung hat das Gericht die Erstreckung des Mietverhältnisses von Amtes wegen zu prüfen (Art. 273 Abs. 5 OR; Art. 247 Abs. 2 lit. b Ziff. 1, 317 Abs. 2, 318 Abs. 1 lit. c ZPO)
10. Die Lieferung und Montage von Rollläden für ein Einfamilienhaus im Rahmen eines Umbaus ist kein Konsumentenvertrag (Art. 32 Abs. 2 ZPO)
11. Anrechnung von Kapitalauszahlungen aus beruflicher Vorsorge bei der Berechnung der Mittellosigkeit nach Art. 117 lit. a ZPO (Änderung der Praxis gemäss RBOG 2015 Nr. 11); Notgroschen
12. Nachträglicher Entzug der unentgeltlichen Rechtspflege (Art. 120, 256 Abs. 2 ZPO)
13. Keine Pflicht zum persönlichen Erscheinen an der Schlichtungsverhandlung, wenn sich die Parteien in einem Strafverfahren gegenüberstehen, das Ehrverletzungsdelikte zum Gegenstand hat (Ausnahmetatbestand von Art. 204 Abs. 3 lit. b ZPO)
14. Volljährigenunterhalt ist im ordentlichen und nicht im vereinfachten Verfahren geltend zu machen (Art. 219, 243 ff., 295, 60 ZPO; Art. 276 ff., 285 Abs. 1 ZGB)
15. Keine Nachfrist für Gesuchsantwort im summarischen Verfahren, insbesondere beim Rechtsschutz in klaren Fällen nach Art. 257 ZPO (Art. 147, 219, 223 Abs. 1 ZPO)
16. Anforderung an die Berufungs- und Anschlussberufungsbegründung (Art. 310, 311 Abs. 1, 55, 57 ZPO)

17. Vertretung in den summarischen Verfahren nach SchKG (Art. 27 Abs. 1 SchKG; Art. 68 Abs. 2 lit. c, 251 ZPO)
18. Bei der Berechnung des betriebsrechtlichen Existenzminimums ist von 20 Arbeitstagen pro Monat auszugehen (Art. 93 SchKG; Art. 23 Abs. 1 AVIG; Art. 40 AVIV; § 1 Ziff. 2 RTG; Art. 329a OR)
19. Rechtsmittel gegen den Entscheid betreffend Feststellung neuen Vermögens; Bestätigung der Praxis gemäss RBOG 2011 Nr. 20 (Art. 265a Abs. 1 und 4 SchKG)
20. Zulässigkeit der Zusprechung einer Ersatzforderung; Vorrang der zwangsvollstreckungsrechtlichen Sicherungsmassnahmen (Art. 71 Abs. 1 und 3 StGB)
21. Ausnahmsweise kann bei der üblen Nachrede für den Vorwurf einer strafbaren Handlung der Wahrheitsbeweis ohne Verurteilung erbracht werden; Verfahrenseinstellung erfolgte zu Recht (Art. 173 Ziff. 2 StGB; Art. 319 Abs. 1 StPO)
22. Ein Schafstall als Geheim- oder Privatbereich; Tierschutz als Rechtfertigungsgrund (Art. 179^{quater}, 14 StGB)
23. Der Grundsatz der Verfahrenseinheit ist auch im Jugendstrafverfahren anwendbar; Ausnahmen (Art. 29, 30 StPO; Art. 3 Abs. 1 JStPO)
24. Keine eigenmächtige Übertragung der amtlichen Verteidigung (Art. 132 f. StPO; Art. 398 Abs. 3, 68 OR)
25. Mitarbeiter einer Tochtergesellschaft der Privatklägerin sind als Zeugen einzuvernehmen (Art. 178 lit. a und g, 162 StPO)
26. Haftgrund der Ausführungsgefahr (Art. 221 Abs. 2 StPO; Art. 5 Ziff. 1 lit. c EMRK)
27. Verwertbarkeit von Zufallsfunden aus Durchsuchungen oder Untersuchungen; unzulässige Beweisforschung (Art. 243, 141 Abs. 2 StPO)
28. Keine Beschlagnahme vor der Durchsuchung und gegebenenfalls Entsigelung (Art. 246 ff., 263 StPO)
29. Vor der Nichtanhandnahme der Strafuntersuchung gegen eine Magistratsperson ist grundsätzlich die Ermächtigung zur Strafverfolgung einzuholen; Ausnahmen (Art. 303 Abs. 1 und 2, 7 Abs. 2 lit. b StPO; § 15 Abs. 1 VerantwG).
30. Nichtanhandnahme und Einstellung des Strafverfahrens beziehen sich auf Sachverhalte, nicht auf Straftatbestände; keine teilweise Nichtanhandnahme respektive Einstellung bei gleichem Sachverhalt (Art. 310 Abs. 1 lit. a, 319 f., 11 StPO)
31. Erlass von Verfahrenskosten; Änderung der Rechtsprechung gemäss RBOG 2015 Nr. 29 (Art. 425 StPO; Art. 112 Abs. 1 ZPO)
32. Ansätze gemäss § 7 AnwT für die Festsetzung des Anwaltshonorars im Rechtsmittelverfahren in Zivilsachen
33. Voraussetzungen für eine Parteientschädigung nach § 65 KESV (§ 76 KESV; § 80 VRG; Art. 118 Abs. 1 lit. c, 106 ZPO)